

**D I S K**

**P R O Z E S S**

Werden **52** Gewerkschafter  
gehängt ?..

**.\_DOKUMENTATION.\_**

TÜRKIYE SOSYAL TÜSTAK TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Inhaltsverzeichnis :

1. Todesstrafe für 52 DISK Gewerkschafter
2. Dokumentation
3. Anklage gegen DISK
4. Was können wir konkret tun ?

Zusammengestellt vom: Krefelder Solidaritäts-  
Komitee mit den Demokra-  
ten der Türkei

Kontaktadresse : Südstr. 15  
4150 Krefeld

# TODESSTRAFE FÜR 52 DISK GEWERKSCHAFTER

In einem neuen Verfahren fordert die türkische Militärstaatsanwaltschaft gegen den Vorsitzenden des "Progressiven Gewerkschaftsbundes der Türkei" (DISK) Abdullah Bastürk und seine 51 Kollegen die Todesstrafe. Nach übereinstimmenden Presseberichten soll der Massenprozeß gegen weitere 2.000 DISK-Funktionäre und Mitglieder ebenfalls in Kürze beginnen.

Zu den führenden Gewerkschaftern, für die die Todesstrafe gefordert wird gehören sowohl erfahrene wie auch junge Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung, die in der gesamten demokratischen Öffentlichkeit ein hohes Ansehen genießen.

Die 1967 gegründete Gewerkschaft DISK zählte zuletzt mehr als 500.000 Mitglieder, dessen Mitbegründer und langjährige Vorsitzende Kemal Türkler im Juli 1980 von den "Grauen Wölfen" der MHP ermordet wurde, stellte eine der Hauptstützen der demokratischen Bewegung des Landes dar. Wie der jetzige DISK-Vorsitzende und Ex-Abgeordnete Abdullah Bastürk vor einigen Monaten bei einem anderen Verfahren erklärte, lehnte DISK die Anarchie und den Terror auf unmißverständliche Weise ab und rief die zuständigen Personen und Institutionen bei jeder Gelegenheit zum Kampf gegen Anarchie und Terror auf.

Die Anklageschrift gegen die DISK-Gewerkschafter wurde unter Bezugnahme auf die berüchtigten Paragraphen 141 und 146 des türkischen Strafgesetzbuches verfaßt. Diese Paragraphen beinhalten sinngemäß folgendes: "Versuche, die bestehende Verfassungsordnung gewaltsam zu ändern, werden mit Todesstrafe geahndet".

Mit der Beantragung der Todesstrafe gegen angesehene Gewerkschafter soll nun die demokratische Opposition erneut eingeschüchtert werden. Doch im Gegensatz zum MHP-Prozeß kann die Anklage keinem der DISK-Gewerkschafter ein Verbrechen vorwerfen. Vielmehr wird immer wieder der Versuch unternommen, die Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte und Freiheiten im Rahmen ihrer legalen Tätigkeit nachträglich als Verbrechen darzustellen. Damit wird offensichtlich, daß die Anklagen unter demokratischen Verhältnissen völlig gegenstandslos wären.

Deshalb fordern wir:

- Einstellung der DISK-Verfahren - Freilassung der DISK-Gewerkschafter!
- Aufhebung des Verbotes für DISK!

INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTENVORSTANDBrüssel, 5. und 6. November 1981ENTSCHEIDUNG ZUR TÜRKEI

Der Vorstand des IBFG, der sich auf seiner 79. Sitzung in Brüssel, 5. und 6. November 1981, mit den Entwicklungen in der Türkei beschäftigt hat,

- STELLT FEST,** dass, in dem Bemühen um die fast völlig gelungene Unterbindung der Umtriebe von Terroristen, dem Volk, das zu dem Terrorismus keine Verbindung hatte, grosses Leiden auferlegt worden ist;
- VERURTEILT** alle Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte und nicht zuletzt die langen Haftzeiten vor Prozessbeginn ohne gegebenen Anlass;
- FORDERT DAHER** die sofortige Freilassung aller Gewerkschafter, die auf ein Prozessverfahren warten;
- FORDERT,** dass die Behauptungen über Folterungen, die man jetzt einfach abstreitet, gründlich untersucht werden;
- ÄUSSERT** seine grosse Besorgnis über die weitere Suspendierung von gemäss dem türkischen Gesetz frei gegründeten Gewerkschaften, über das weitere Verbot von Kollektivverhandlungen, Streiks und sonstiger gewerkschaftlicher Betätigung;
- VERSICHERT** die suspendierten Gewerkschaften und die Gewerkschafter, die Opfer der Unterdrückung wurden, seiner stetigen festen und konkreten Solidarität;
- WENDET SICH** gegen die ungerechtfertigte Einziehung des Eigentums von suspendierten Gewerkschaften;
- BEFÜRCHTET,** dass erworbene Gewerkschaftsrechte in der revidierten Arbeitsgesetzgebung drastisch eingeschränkt werden, die bald durch Erlass, das heisst ohne das entsprechende demokratische Verfahren durchlaufen zu haben, verkündet werden soll;
- ERWARTET** von seiner Mitgliedsorganisation in der Türkei, der Türk-İş, dass sie ihre Politik auf die des IBFG abstimmt;
- RUFT** die IAO AUF, unverzüglich die beabsichtigte Kontaktmission zu entsenden;



PROTESTIERT

gegen die Auflösung der politischen Parteien, was im Widerspruch zu dem erklärten Ziel der Wiederherstellung der Demokratie steht, und gegen die Verurteilung einer geachteten Führungskraft einer dieser Parteien zu Gefängnishaft, weil sie sich diesem Verbot öffentlich widersetzt und sich selbst gegen unberechtigte Behauptungen verteidigt hat;

UNTERSTÜTZT

die Forderungen des EGB, die dieser im Zusammenhang mit der Türkei beim Europarat und dem EG-Ministerrat gestellt hat;

FORDERT ERNEUT

sofortige Massnahmen zur Herstellung einer echten Demokratie in der Türkei, die nicht angemessen verwirklicht werden kann durch eine nichtrepräsentative Verfassunggebende Versammlung, wie sie die Militärregierung eingesetzt hat.

TÜRKIYE SOSYAL TÜSTAN TARİH ANLIŞI VAKFI

Schachtelvoll

Super Leder

Handwritten signature

07. Juli 1981

Herrn  
General Evren  
Türkischer Staatspräsident

Ankara / Türkei

Sehr geehrter Herr Präsident,

mit Bestürzung hat die IG Metall zur Kenntnis genommen, daß vom Staatsanwalt gegen 52 Disk-Gewerkschafter die Todesstrafe beantragt wurde.

Der Prozeß gegen die Gewerkschafter und die drohenden Todesurteile sind nicht geeignet, das internationale Ansehen der türkischen Regierung zu heben. Sie rücken die Beteuerungen der türkischen Regierung, das Land in eine demokratische Ordnung zurückzuführen, erheblich in Zweifel.

Wir ersuchen Sie, umgehend eine Einstellung der Prozesse zu veranlassen und ernsthafte Maßnahmen einzuleiten, um die Gewerkschaftsrechte in der Türkei wieder herzustellen. Die deutschen Gewerkschaften werden die Entwicklung in der Türkei, insbesondere auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Freiheiten auch weiterhin mit besonderer Aufmerksamkeit beobachten.

Hochachtungsvoll

Eugen Lederer

*(Handwritten signature)*

Bochum, 2./3.7.1981

R e s o l u t i o n

An die Delegierten der 31. Bezirkskonferenz

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit dem Militärputsch in der Türkei herrscht in diesem Land eine Militär-Junta, die eine gewerkschaftliche Arbeit lahmgelegt hat.

Das jüngste Beispiel für ihr undemokratisches Verhalten ist der Prozeß gegen Abdullah Bastürk, Vorsitzender des progressiven Gewerkschaftsbundes der 2. größten Gewerkschaft in der Türkei. Ihm droht, wie weiteren 51 Gewerkschaftern, die Todesstrafe, wie sie von der Militärstaatsanwaltschaft am 26.6.1981 gefordert wurde. Durch diese Androhung der Todesstrafe soll die demokratische Kraft im Lande eingeschüchtert werden, demokratische und gewerkschaftliche Rechte nachträglich als Verbrechen darzustellen.

Wir, die Delegierten der 31. ordentlichen Bezirkskonferenz des Bezirks Essen, fordern den DGB und den IG Metall-Vorstand auf, sich für die sofortige Einstellung der Massenprozesse einzusetzen und die entsprechenden Schritte bei der Bundesregierung einzuleiten.

Wir verurteilen das Unrechtregime der Militärs und ihrer Handlanger, wie die Militärstaatsanwaltschaft.

Wir rufen alle Delegierten zur Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei auf.

Einstimmig angenommen.

Herausgegeben von Pressestelle  
Internationaler Metallgewerkschaftsbund  
54 bis, route des Acacias CH-1227 Genf (Schweiz)

Präsident: Eugen Loderer  
Generalsekretär: Herman Rebhan

Verantwortlich für die Presse: David Fowler

Telefon Pressestelle: Genf 43 61 50

Fernschreiber: 23 298

Telegramme: Intermetal Geneva

Zur freien Auswertung durch die Redaktionen von  
Rundfunk und Fernsehen

Genf, 29. Juni 1981 Nr. 22

INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSPROTEST GEGEN TÜRKISCHE  
TODESURTEILE

Im Anschluss an die Nachricht von den vom Militärgericht gegen Abdullah Bastuk, Generalsekretär von DISK, und andere leitende DISK-Funktionäre geforderten Todesurteile, hat der Internationale Metallgewerkschaftsbund scharfen Protest eingelegt. Der türkische Gewerkschaftsbund DISK ist vom Militärregime verboten. In einer Botschaft an den türkischen Staatschef General Evren erklärt IMB-Generalsekretär Herman Rebhan:

"Im Namen von 14 Millionen Millionen Metallarbeitnehmern fordere ich Sie dringend auf, die Hinrichtung von Abdullah Bastuk und anderen DISK-Führern zu verhindern. Die Vollstreckung dieser Todesurteile würde alle demokratischen Gewerkschaften in der Welt mit äusserster Erbitterung erfüllen. Ein solcher grausamer Akt würde auf immer die Hoffnung auf eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen innerhalb der Türkei zerstören und auf härtesten Widerstand der Gewerkschafter überall stossen."

TÜRKIYE SOYUNMAYANLARININ  
TANITIM ARASINDA

Gewerkschaftsanwalt in der Türkei

Anfang November sandte der IBFG einen norwegischen Gewerkschaftsanwalt, Kollege Dahl, in die Türkei, um die Möglichkeit zu prüfen, Beobachter zu den kommenden Gewerkschaftsverhandlungen gegen die Führungskräfte von DISK zu senden. Bei seiner Rückkehr berichtete Kollege Dahl, daß die Anklageschrift klar beweist, daß es sich um einen politischen Prozess handeln wird. Den führenden DISK-Funktionären werden nicht der Gebrauch von Waffen oder sonstige Gewalttaten zur Last gelegt. Sie sind angeklagt, weil sie die Wahl zu Positionen in einer Organisation angenommen haben, deren Programm nach Ansicht des Militärstaatsanwalts das türkische Gesetz verletzt. Die Anklageschrift, die von den türkischen Behörden freigegeben wurde, während sich Kollege Dahl in der Türkei aufhielt, bestätigt, daß die Anklagevertretung gegen die 52 gewählten führenden Funktionäre der DISK die Todesstrafe beantragt. Ähnliche Anklagen werden gegen 2 000 weitere DISK-Gewerkschafter erhoben werden, und es wird erwartet, daß hohe Gefängnisstrafen gefordert werden. Bei seiner Abreise aus Istanbul wurde Kollege Dahl von der Polizei festgehalten. Er wurde durchsucht und mehr als eine Stunde lang verhört. Es wurde ihm allerdings erlaubt, die Anklageschrift mitzunehmen. Nach Kollege Dahl werden die Gerichtsverhandlungen wahrscheinlich gegen Jahresende beginnen. Sein Besuch fand in Zusammenarbeit mit dem EGB statt.

Quelle: IBFG " Intern. Gewerkschaftsnachrichten" Nr. 22, vom 16.11.1981.

Telephon (022) 43 61 50  
Telegramm : Intermetal Genf  
Telex 23 298

1227 GENF (SCHWEIZ)  
ROUTE DES ACACIAS 54 BIS

ENTSCHLIESSUNG Nr. 19a

Entschliessungsausschuss

25. IMB-Weltkongress

TÜRKEI

1. Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat auf die Machtübernahme der Militärs in der Türkei am 12. September 1980 mit einer unverzüglichen und klaren Verurteilung reagiert. Seitdem werden die von den Militärs unmittelbar nach dem Staatsstreich begangenen massiven und offensichtlichen Verletzungen von Menschen- und Gewerkschaftsrechten mit unveränderter Intensität fortgesetzt:
2. Das Verhandlungs- und Streikrecht bleibt suspendiert; drei nationale Gewerkschaftsbünde und alle ihre Mitgliedsorganisationen bleiben aufgelöst und ihre Vermögen beschlagnahmt; mehrere tausend Gewerkschafter sind in Haft und riskieren schwere Strafen einschliesslich der Todesstrafe; es besteht der dringende Verdacht, daß Folterungen vorkommen.
3. Die beiden türkischen IMB-Mitgliedsverbände gehören dem Gewerkschaftsbund TÜRK-IS an, der nicht nur von diesen antigewerkschaftlichen Unterdrückungsmaßnahmen verschont geblieben ist, sondern im Gegenteil durch seinen Generalsekretär, dem der Posten des Ministers für soziale Angelegenheiten übertragen wurde, am Militär-Regime beteiligt ist. Von TÜRK-IS oder von seinen Mitgliedsgewerkschaften ist bisher kein Wort der Kritik an den gegenwärtigen Machthabern der Türkei laut geworden.

Angesichts dieser Ereignisse

4. - wiederholt der IMB seine Verurteilung der Militärdiktatur in der Türkei;



5. - fördert seine türkischen Mitgliedsverbände dringend auf, sich seinem Appell für die raschestmögliche Rückkehr zur Demokratie in der Türkei anzuschließen, namentlich für die Wiedereinsetzung der Gewerkschaftsrechte und die Haftentlassung aller Gewerkschafter; und
6. - beschliesst, der IAO eine Klage gegen die türkische Regierung zu übermitteln.

Quelle: 25. IMB-Weltkongress

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ

Bundespressestelle  
des Deutschen  
Gewerkschaftsbundes

# DGB Nachrichten-Dienst

ND 145/81

Düsseldorf, den 13. Juli 1981

## DGB protestiert gegen türkische Terrorjustiz

Die dringende Forderung, endlich Schluß zu machen mit den willkürlichen Verhaftungen und Folterungen von demokratischen Gewerkschaftern in der Türkei, erhebt der Deutsche Gewerkschaftsbund in einem an Staatspräsident Evren gerichteten Protestschreiben an die Türkische Botschaft in Bonn. Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter wendet sich insbesondere mit scharfen Worten dagegen, dass der Militärstaatsanwalt der Ausnahmezustandskommandatur Istanbul gegen den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes DISK, Abdullah Bastürk, und 51 weitere Gewerkschafter die Todesstrafe fordern will.

Abdullah Bastürk und viele seiner jetzt mitangeklagten Kollegen sind den Mitgliedern des DGB-Bundesvorstandes seit vielen Jahren als aufrechte Demokraten bekannt, die ganz sicher die ihnen vorgeworfenen Verbrechen - wie z.B. des Hochverrats - nicht begangen haben, schreibt Vetter.

Die türkische Botschaft wird in dem Protestbrief darüber informiert, dass der DGB die Bundesregierung aufgefordert hat, ein koordiniertes Vorgehen im Rahmen der EG und der NATO "gegen das in der Türkei täglich begangene himmelschreiende Unrecht zu veranlassen". Weiter wird darauf hingewiesen, dass der Präsident des Europarates davon unterrichtet wurde, dass der DGB die Mitgliedschaft einer Regierung im Europarat, die ständig die Bestimmungen der Menschenrechtscharta mit Füßen tritt, für unerträglich halten würde.

Gegenüber dem Bundeskanzler drückt der DGB-Vorsitzende die Erwartung aus, dass die Bundesrepublik "angemessene diplomatische Konsequenzen" zieht. Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik seien nicht gewillt, die in der Türkei verfolgte Terrorjustiz hinzunehmen.

Achtung Redaktionen:

Bei der DGB-Bundespressestelle liegt zum Abruf bereit:  
Das Mitbestimmungsgespräch 6/81

Neue Zürcher Zeitung

16.7.1981

## Vorwürfe gegen das türkische Militärregime

Ein Protestschreiben  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Düsseldorf, 14. Juli. (Reuter) Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat gegen «willkürliche» Verhaftungen und Folterungen von Gewerkschaftsmitgliedern in der Türkei protestiert. In einem am Montag veröffentlichten Schreiben an den türkischen Staatspräsidenten Kenan Evren wendet sich der DGB-Vorsitzende Vetter gegen die Absicht der Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul, für den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Disk, Abdullah Bastürk, und weitere 51 Gewerkschafter die Todesstrafe zu fordern. Bastürk und viele der mitangeklagten Gewerkschafter seien dem DGB-Bundesvorstand als «aufrechte Demokraten» bekannt, die die ihnen vorgeworfenen Verbrechen wie Hochverrat nicht begangen hätten, schreibt Vetter. In dem Schreiben heisst es weiter, der DGB habe die Bundesregierung aufgefordert, ein koordiniertes Vorgehen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Nato gegen das «in der Türkei täglich begangene himmelschreiende Unrecht zu veranlassen». Ferner habe der DGB den Präsidenten des Europarates davon unterrichtet, dass er die Mitgliedschaft einer Regierung, die «ständig die Bestimmungen der Menschenrechtscharta mit Füßen trete», für «unerträglich» halte.

INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTENVORSTANDKopenhagen, 1. und 2. Juli 1981TÜRKEI

Dem Vorstand wurde auf seiner 77. Sitzung (Kopenhagen, 1. und 2. Juli 1981) der Bericht über die IBFG-Mission in die Türkei vorgetragen.

Obwohl er die Beseitigung des Terrorismus begrüsst, VERURTEILT er AUF SCHÄRFSTE die zunehmende Verletzung der Menschenrechte, und

PROTESTIERT ENERGISCH besonders gegen die andauernde Unterdrückung der Gewerkschaftsrechte und Gewerkschaftsarbeit;

BESCHLIESST, eine formelle Beschwerde beim IAA einzureichen;

FORDERT, dass jegliche Änderung in der Gewerkschaftsgesetzgebung die bereits erworbenen Gewerkschaftsrechte sicherstellt;

FORDERT, dass den ungerechten Verfahren gegen Gewerkschaften und Gewerkschafter, wie die laufenden Verfahren gegen DISK und ihre Funktionäre, Einhalt geboten wird, und dass alle mit sofortiger Wirkung freigelassen werden;

FORDERT, dass die andauernden Folterungen endgültig beendet werden;

BESCHLIESST, dass eine umfassende Rechtshilfe und Unterstützung durch den IBFG in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Organisationen für Gewerkschaftsopfer der Unterdrückung und ihrer Familien durchgeführt wird;

RUFT AUF zur sofortigen Einleitung eines Demokratisierungsprozesses in der Türkei;

FORDERT IBFG-Mitgliedsorganisationen AUF, ihre Regierungen zu drängen, bei der türkischen Regierung vermittelnd einzugreifen, damit 52 Gewerkschafter, für die die Todesstrafe gefordert worden ist, gerettet werden.

---

Frankfurter Rundschau  
10.7.1981

### Loderer appelliert an Evren

FRANKFURT A. M., 9. Juli (dpa-FR). Die umgehende Einstellung der Prozesse in der Türkei gegen aktive Gewerkschafter fordert der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer. Mit Bestürzung habe die IG Metall zur Kenntnis genommen, daß vom Staatsanwalt gegen 52 Gewerkschafter die Todesstrafe beantragt worden sei, erklärte Loderer in einem Schreiben an den türkischen Staatspräsidenten, General Evren.

Zu den gegen Abdullah Bastuk, Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes DISK, und andere leitende DISK-Funktionäre geforderten Todesurteile hat auch der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) scharfen Protest eingelegt. In einer Botschaft an Evren erklärte IMB-Generalsekretär Herman Rebhan „im Namen von 14 Millionen Metallarbeitern“: „Die Vollstreckung dieser Todesurteile würde alle demokratischen Gewerkschaften in der Welt mit äußerster Erbitterung erfüllen. Ein solcher grausamer Akt würde auf immer die Hoffnung auf eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen innerhalb der Türkei zerstören und auf härtesten Widerstand der Gewerkschafter überall stoßen.“

TÜRKIYE SOSYAL

PARASTIRMA VAKFI

Gewerkschaftsbewegung  
gegen  
Menschenrechts-  
verletzungen  
Für Bewahrung der Lage für  
Klunker u. a. m.  
Es besteht die größte Sorge, daß  
kein Gewerkschafter durch einen  
unangemessenen politischen Gewalt  
mitbestimmt werden und die  
Möglichkeit der ILO-Delegation nicht  
möglich war mit internationaler Gewerkschaft  
zustimmen, denn Angewandten über  
dieser Rechtsstaatlichen Kommittee  
zustimmen konnte nicht möglich war  
das, ob die Internationalen als eine  
internationalen Gewerkschaften mit  
gewerkschaftlichen Bestrebungen  
zustimmen wird.



# Kluncker: Gewerkschaftliche Rechte aufgehoben

Vom 10. bis 12. Januar besuchte Heinz Kluncker als Präsident der Internationale der Öffentlichen Dienste mit einer Delegation die Türkei. Eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Kollegen aus der Türkei besuchten ihn am Vorabend seiner Reise und übergaben ihm Dokumente über Folter und Unterdrückung, insbesondere über die faktische Aufhebung der gewerkschaftlichen Rechte. Nach seiner Rückkehr berichtete Kluncker auf einem Pressegespräch am 15. Januar in Bonn über die Ergebnisse seiner Reise.

Der IÖD-Delegation, die von Kluncker geleitet wurde, gehörten ferner an: Carl Franken, Generalsekretär der IÖD und Mitglied des IÖD-Vorstandes, und der Vorsitzende des Schwedischen Kommunalarbeiterverbandes, Sigvard Marjasin. Kluncker gab an, daß zwar Gespräche mit Vorstandsmitgliedern der dem Türk-Is angehörenden IÖD-Mitgliedsgewerkschaften geführt werden konnten, ein Kontakt mit dem IÖD-Mitglied Genel-Is, das dem DISK angehört, ist jedoch nicht möglich gewesen. „Diese Gewerkschaft, wie auch der Dachverband, wird von der Militärregierung an ihrer Betätigung gehindert. Genel-Is und DISK sind de facto verboten.“

## Gewerkschaftsbewegung gegen Menschenrechts- verletzungen

Zur Beurteilung der Lage führte Kluncker u.a. aus:

„Es besteht die begründete Sorge, daß auch Gewerkschafter durch Organe der gegenwärtigen staatlichen Gewalt mißhandelt worden sind. Da es den Mitgliedern der IÖD-Delegation nicht möglich war, mit inhaftierten Gewerkschaftern, deren Angehörigen oder ihren Rechtsbeiständen Kontakt aufzunehmen, konnte nicht geprüft werden, ob die Inhaftierten mit einer rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden, juristischen Betreuung versehen sind.“



Heinz Kluncker

Kluncker sagte weiter: „Die Delegation hat deutlich gemacht, daß die freie Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt mit Nachdruck gegen die Verletzung der Menschenrechte und die Außerkraftsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, insbesondere gegen die Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten protestiert, und sich für die alsbaldige Wiederherstellung und Sicherung rechtsstaatlicher, demokratischer Verhältnisse in der Türkei einsetzt, aber zugleich jede Art terroristischer Aktivitäten verurteilt.“

Kluncker berichtete auch von seinen Gesprächen mit ehemaligen Parlamentsabgeordneten sowie mit Ecevit und Demirel.

Die IÖD-Delegation zeigte sich u.a. besorgt über die Pressezensur in der Türkei: „Da in der Türkei die Pressefreiheit eingeschränkt ist, kann nicht abschließend beurteilt werden, ob sich die Gewerkschafter in der Türkei umfassend über den Besuch der IÖD-Delegation informieren können. Es konnte ferner keine eindeutige Klarheit gewonnen werden, ob und wann volle Gewerkschaftsrechte nach den Prinzipien der IAO wieder hergestellt und gesichert werden.“



**UTT:**

Helsinki, den 2.10.1980  
 An  
 General K. Evren  
 Nationaler Sicherheitsrat  
 Ankara, Türkei

Herr General,

Seit dem 12. September haben wir nichts mehr von unseren türkischen Mitgliedsgewerkschaften Baysen, Yapi-Is, Keramik-Is und Hür-Cam-Is gehört. Auch alle unsere Versuche, mit ihnen Kontakt aufzunehmen, sind gescheitert.

Angesichts der Tatsache, daß viele Gewerkschaftler in Haft sind und daß Gewerkschaftsbünde wie DISK und MISK verboten wurden, sind wir der Auffassung, daß die oben genannten Gewerkschaften und ihre Führer gewaltsam an der Ausübung ihrer normalen und freien Tätigkeit gehindert werden. Diese Vorgehensweise von Behörden in Ihrer Verantwortung sind direkte Verletzungen der ILO-Konvention Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und offene Verstöße gegen gewerkschaftliche und demokratische Rechte.

**Internationale Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen der Bau-, Holz- und Baumaterialienindustrie:**

Die derzeitige Situation schafft einige Besorgnis hinsichtlich des Schicksals der Führer dieser Gewerkschaften, die wir persönlich als standhafte und prinzipienfeste Kämpfer für die Interessen der Arbeiter der Bau- und Baumaterialienindustrie und als wahre Patrioten ihres Vaterlands kennen.

Unter diesen Umständen fordern 16 Millionen Bau- und Holzarbeiter, Mitglieder unserer Gewerkschaftsvereinigung:

- sofortige Wiederherstellung der Demokratie im Land;
- Freilassung aller inhaftierten Gewerkschaftler;
- Schaffung von günstigen Bedingungen für normale gewerkschaftliche Aktivitäten und Respektierung gewerkschaftlicher Rechte.

Das Sekretariat unserer Internationalen Gewerkschaftsvereinigung erwartet, über die Lage der Gewerkschaften Baysen, Yapi-Is, Keramik-Is und Hür-Cam-Is und das Schicksal ihrer Führer unterrichtet zu werden.

Veikko Porkkala  
 Generalsekretär

Türkei-Info 1/81

# DISK-Vorstandsmitglied vor Europarat: **Hunger und Not für die arbeitende Bevölkerung**

Anfang Oktober wurde im Europarat in Straßburg erneut eine Resolution angenommen, die die baldmögliche Rückkehr zur Demokratie in der Türkei forderte. Ein wichtiger Aspekt bei diesen Beratungen war die Anhörung von Kemal Daysal, Mitglied des DISK-Vorstandes, auf einer gemeinsamen Sitzung der Politischen und Juristischen Kommission des Europarates. Die Vollversammlung vertagte die endgültige Entscheidung auf Januar: Anfang Dezember soll ein Unterausschuß unter Vorsitz des Labour-Abgeordneten Tom Urwin die Türkei bereisen und anschließend der Vollversammlung Bericht erstatten.

Seit dem Militärputsch am 12. September 1980 in der Türkei ist ein ganzes Jahr vergangen. General EVREN hat erklärt, daß dieser Putsch unvermeidlich gewesen wäre, um dem Terrorismus ein Ende zu machen, die wirtschaftliche Krise zu beheben und eine solide demokratische Basis zu sichern. Er versicherte, daß die Armee anschließend die Regierungsgewalt an Zivilisten zurückgeben und eine parlamentarische Demokratie wieder hergestellt würde.

Analysiert man jedoch die Geschehnisse des vergangenen Jahres, so muß festgestellt werden, daß weder der Nationale Sicherheitsrat noch die Regierung ihre Versprechen wahr gemacht hat. Im Gegenteil läßt sich feststellen, daß seit dem 12. September

- die Verfassung aufgehoben wurde
- unsere meisten elementaren Lebensrechte nicht mehr garantiert sind
- alle unsere demokratischen Institutionen aufgelöst wurden
- unsere Einkommen, unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen und unsere gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten angegriffen und zerstört wurden
- dem DISK und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften der Hauptkampf der militärischen Gewalt gilt
- alle Vorsitzenden und sogar die regionalen Gewerkschaftssekretäre und Delegierten wurden von der

Staatsgewalt festgenommen; viele von ihnen wurden unter Arrest gestellt.

- unsere legalen Streiks wurden mit Militärgewalt niedergeschlagen
- unser gesamtes Gewerkschaftseigentum wurde beschlagnahmt

Zu einem großen Teil ist es der Junta gelungen, den Terrorismus einzudämmen. Gleichzeitig führt sie aber massive Gefangennahmen der Gewerkschaftsmitglieder durch. Die meisten von ihnen wurden und werden noch heute gefoltert. Weigert man sich, sich der Regierung unterzuordnen, wird jedem mit dem Verlust seiner Nationalität gedroht — wie dies meinen Freunden aus dem Vorstand des DISK und mir selbst geschehen ist.

Die Militärjunta läßt uns nur wählen zwischen unserem Leben oder unserer Staatsangehörigkeit.

Eindeutig klar werden die Absichten der militärischen Organe, wenn man sich vor Augen hält, mit welchen Begründungen sie für 52 Vorstandsmitglieder des DISK die Todesstrafe fordert. Ihnen werden folgende Vergehen vorgeworfen:

- Versuch, einen Generalstreik im Sept. 1976 zu organisieren als Protest gegen die Einführung von Staatssondergerichten
- Generalstreik im März 1978 als Protest gegen die Ermordung von 7 Studenten durch faschistische Terroraktionen in Istanbul
- Aufruf zum Generalstreik im April 1980 als Protest gegen das Verbot des 1. Mai
- Benennung des Taksim-Platzes in Istanbul zum „Platz 1. Mai“.

Alle diese Aktionen entsprechen den legalen Möglichkeiten von Gewerkschaftsarbeit vor dem Militärputsch. Diejenigen, die heute die Todesstrafe für die Vorsitzenden des DISK fordern, wissen sehr wohl, daß der DISK — als Organisation der Arbeiterklasse in der Türkei — selber immer gegen den Terrorismus gekämpft hat. Seine Aktivitäten, Presseerkärungen und zahlreichen Veröffentlichungen haben immer deutlich gezeigt, daß wir seit unserem 14jährigen Bestehen immer und überall gegen jede Form des Ter-

rorismus gekämpft haben und um die Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Werktätigen gerungen habe. Niemals gab und wird der DISK diese Ziele aufgeben.

## DISK – Zielscheibe faschistischen Terrors

Mehr noch, es ist allgemein bekannt, sowohl in der Türkei als auch in der Welt, daß gerade unsere DISK-Mitglieder von den Faschisten ermordet wurden. Es sei hier nur an KEMAL TÜRKLER, Gründer und Vorsitzender des DISK für 11 Jahre, erinnert. Trotz dieser grausamen Schläge hat der DISK niemals seine Ziele und Prinzipien aufgegeben.

Neben den allgemeinen politischen und sozialen Repressionen gegen den DISK seit dem 12. September wurden außerdem zahlreiche unserer Mitglieder ermordet. Es sei erinnert an:

- A.H. FEYZIOGLU, Rechtsanwalt der MADEN-IS in Bursa, gestorben durch die Folter
- K. BUDAK, 1. Präsident der progressiven Gewerkschaft DERI-IS. Er war einer der Gewerkschaftsvorsitzenden, der sich weigerte, sich an die Staatsgewalt anzuliefern; Soldaten erschossen ihn am helllichten Tag.

Dies ist unser Land heute: Menschen werden zu Tode gefoltert und ermordet ohne jede Form von Gerichtsbarkeit.

Der Nationale Sicherheitsrat gibt vor, die Menschenrechte zu respektieren. In Wirklichkeit versteckt er aber seine Terroraktionen hinter Repressalien und Zensur vor der Öffentlichkeit.

Auch die Familien von Mitgliedern des DISK und viele tausend unter Arrest stehende Arbeiter werden ständig mit Repressalien und Arrest bedroht. Alleingelassen und ohne Hilfe müssen diese Menschen unter Bedingungen leben, die tagtäglich schlimmer und unerträglicher werden. Es ist für alle von uns eine Frage der Humanität, Wege und Möglichkeiten zu finden, ihnen zu helfen.

Außerdem hat die Regierung einem Vorschlag des NCS entsprochen und plant die Gründung und den Aufbau von berufsgebundenen Fachgewerkschaften.

## Internationale Proteste gegen Repressalien

Die Arbeiter von Spanien und Portugal, die ähnliche Perioden von Repressalien kennen, wissen sehr wohl die Bedeutung solcher staatlich vorgegebenen und kontrollierten Gewerkschaften einzuschätzen. Es bedeutet lediglich eine Form beruflichen Zusammenschlusses, ohne Rechte und Garantien, weder für Menschenrechte noch für die Zusammenarbeit mit internationalen Arbeiterorganisationen. Es bedeutet im Klartext, daß man versucht, die Arbeiter so daran zu hindern, eigene Gewerkschaften zu gründen und zu wählen.

Die Internationale Arbeiterorganisation, der internationale Bund freier Gewerkschaften, der Welt-Gewerkschaftsbund, der Weltbund der Arbeiter und der europäische Gewerkschaftsbund haben auf das schärfste gegen die Angriffe und Repressalien auf die gewerkschaftlichen Rechte in der Türkei protestiert. Diese Protestbewegung würde noch wirkungsvoller und seine Bedeutung noch größer durch eine Beteiligung seitens des Europarates.

Die Militärmacht gibt vor, daß sich die wirtschaftliche Situation der Türkei verbessert, und rechtfertigt ihre Behauptung mit einer nur noch 40%igen Inflationsrate. Zwar wurde die Inflationsrate begrenzt, jedoch nur auf Kosten der allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen. Hingegen lähmt und verringert es die Investitionen und erhöht die Arbeitslosigkeit.

Das Staatliche Amt für Statistik gab bekannt, daß sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten um 20 % erhöhte. Das bedeutet 5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Der Nationale Sicherheitsrat führt diese hohe Arbeitslosigkeit lediglich auf kollektive Entlassungen zurück und fügt hinzu, daß, falls alle Entlassungen erfolgten, 250 bis 300000 Arbeiter betroffen seien. Von den 2700 Arbeitern bei Renault wurden gerade in der letzten Zeit 700 zur gleichen Zeit entlassen. Dies zeigt, daß die ökonomische Krise des Landes sich nicht verbessert, sondern, im Gegenteil, weiter verschlechtert. Die Arbeiter haben

heute vielmehr das Gefühl, daß sich weder Lebens- noch Arbeitsbedingungen verbessern, weil auch ihre gemeinsamen Forderungen unterdrückt werden, zumal diese von einem Schiedsgericht unter Kontrolle der Regierung behandelt werden.

Die Regierung gewährte den Lohnabhängigen nur eine Lohnerhöhung von 10 % und einen zusätzlichen Festbetrag in Höhe von 3.000,- TL. Dies kommt in Wirklichkeit einer effektiven Lohnerhöhung von höchstens 20 % gleich, wobei die zugegebene Inflationsrate von 40 % weit unter der wirklichen Inflationsrate liegt.

Selbst die führenden Türk-Is-Mitglieder, die der Militärdiktatur ihre Unterstützung gewährten, beginnen nunmehr eine kritischere Haltung anzunehmen, da sie die Unzufriedenheit der Basis nicht länger ignorieren können.

Die Beratende Versammlung soll am 23. Oktober zusammentreten. Aber in dieser Beratenden Versammlung, deren Mitglieder vom NSR ernannt werden, werden weder Repräsentanten der arbeitenden Bevölkerung noch der Berufsverbände, der demokratischen Organisationen oder Parteien vertreten sein. Daher werden die Beteuerungen des NSR in bezug auf eine „Rückkehr zur Demokratie“ vollends unglaubwürdig — und eine Verfassung, die von dieser Versammlung präsentiert wird, kann nur dazu dienen, die Macht des NSR zu legalisieren und seine Entscheidungen bezüglich des Arbeitslebens, der Justiz und des Bildungswesens nachträglich legitimieren. Es ist offenkundig, daß das neue Regime, das auf dem Fundament dieser Verfassung installiert wird, zwar einen parlamentarischen Anschein besitzen wird, aber in Wirklichkeit eine autoritäre Macht darstellen wird, die die demokratischen Rechte und Freiheiten weiterhin mißachten, die Rechte der arbeitenden Bevölkerung negieren und die soziale Opposition mit allen Mitteln unterdrücken wird.

Aber unser Volk sehnt sich nach einer realen Demokratie, in der die Entwicklung des Landes vorangetrieben werden kann; dies wird tagtäglich deutlich in seinem Kampf für eine demokratische Ordnung, die es verdient. Weil die Demokratie in der Türkei außer Kraft gesetzt wurde, weil die Menschenrechte in einem europäischen Land mit Füßen getreten werden, appellieren wir an Sie und an alle Verteidiger der Demokratie, der Menschenrechte und der Gerechtigkeit: Die demokratischen Kräfte der Türkei erwarten, daß Sie Ihre Stimme erheben und sich für folgende Forderungen einzusetzen:

- Schluß mit der Unterdrückung der demokratischen Kräfte in der Türkei!
- Sofortige Beendigung der Folter und unmenschlichen Unterdrückungspraktiken!
- Wiederherstellung einer unabhängigen Justiz!
- Sofortige Aufhebung des DISK-Ver-bots!
- Sofortige Freilassung der DISK-Gewerkschaftler und Aufhebung des DISK-Prozesses!
- Gewährung der Organisations- und Koalitionsfreiheit!

Wir appellieren an Sie, nicht nur in Ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Europarates, aber auch als demokratisch gewählte Volksvertreter. Wir rufen Sie auf, in Ihren Ländern, bei Ihren Regierungen, bei den demokratischen Organisationen Initiativen zu entwickeln, die die Herstellung der demokratischen Verhältnisse und Beendigung der Folter und Unterdrückung in der Türkei fordern. Die Militärdiktatur, die uns Demokraten nur deshalb angreift, weil wir uns für eine bessere Zukunft unseres Landes eingesetzt haben, muß selber durch die demokratische Weltöffentlichkeit verurteilt werden.

Türkei-Info 10/11-81



Herausgegeben von der Pressestelle  
der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79-85, Frankfurt am Main

Zur freien Auswertung durch die Redaktionen  
von Presse, Rundfunk und Fernsehen

15. September 1980

XXVIII/209

IG Metall fordert unverzügliche Freilassung türkischer Gewerkschafter  
und Politiker

Frankfurt (mpd) – Eine längere Machtausdehnung der türkischen Militärjunta führe zum Schaden der Demokratie und richte sich gegen die Arbeitnehmer, die ihre Interessen nur durch aktive gewerkschaftliche Arbeit vertreten könnten. Dies haben die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall am Montag in Frankfurt zur Machtübernahme des Militärs in der Türkei erklärt. Die IG Metall fordere die unverzügliche Freilassung der inhaftierten demokratischen Politiker, Parlamentarier und Gewerkschafter, sowie eine konsequente Bekämpfung der türkischen Faschisten, die vor allem die gesellschaftliche Konfrontation zu verantworten hätten.

Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall hätten mit tiefer Sorge die Aufhebung der Demokratie in der Türkei zur Kenntnis genommen, heißt es weiter in der Erklärung. Extremistische Kräfte hätten das Klima der Konfrontation und der Gewalt geschaffen, ein Klima, das Militärs immer wieder zum Vorwand nähmen, wenn sie irgendwo auf der Welt die Demokratie außer Kraft setzten, um sich selbst zum Retter der Nation zu erklären.

15. September 1980

XXVIII/209

In der Erklärung fordern die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall die Bundesregierung auf, mit allen Mitteln auf die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei hinzuwirken. Die Grundsätze der Demokratie dürften auch in der Türkei nicht geopolitischen Opportunitätsüberlegungen nachgeordnet werden.

---

24 Zeilen à 60 Anschläge

TÜRKIYE SOSYAL TÜSTAV TÜRKiYE SOSYAL TARIH ARAŞTIRMA VAKFI

---

Telefon Pressestelle 2 64 76 73 / 2 64 76 72  
Fernschreiber 0411115

---

Herausgegeben von der Pressestelle  
der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79-85, Frankfurt am Main

---

Zur freien Auswertung durch die Redaktionen  
von Presse, Rundfunk und Fernsehen

---

# Metall Presse- dienst

24. September 1980

XXVIII/239

13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin  
vom 21. bis 27. September 1980

---

## IG Metall verurteilt Machtübernahme türkischer Militärs

---

Berlin (mpd) – Einstimmig haben die Delegierten des IG-Metall-Gewerkschaftstages die Machtübernahme durch das Militär in der Türkei verurteilt. Nach allen historischen Erfahrungen seien Generäle weder Retter des gesellschaftlichen Wohls noch der Demokratie. Sie verbänden eigene Machtansprüche mit den Interessen privilegierter Schichten, stellten die Delegierten in einem Initiativantrag fest.

Gleichzeitig hat der Gewerkschaftstag „die sofortige Freilassung aller inhaftierten demokratischen Politiker und Gewerkschafter, die Beseitigung aller Behinderungen der gewerkschaftlichen Arbeit sowie die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse“ gefordert.

Die Bundesregierung sei aufgefordert – heißt es weiter in dem Initiativantrag – einen konsequenten Einsatz für die Demokratie in der Türkei zu führen. Demokratische Freiheitsrechte dürfen nach Ansicht der Delegierten nicht hinter bündnispolitischen Erwägungen zurückstehen.

---



## INITIATIVANTRAG Nr. 2

Betr.: Militärputsch in der Türkei

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall verurteilen die Machtübernahme durch das Militär in der Türkei als einen Schlag gegen die Grundsätze der Demokratie und der freien Gewerkschaften. Sie ist das Ergebnis einer unduldsamen Polarisierung und Konfrontation der politischen Auseinandersetzung, die von Extremisten und insbesondere Faschisten geschürt wurde.

Nach allen historischen Erfahrungen sind Generäle weder Retter des gesellschaftlichen Wohls noch der Demokratie. Sie verbinden eigene Machtansprüche mit den Interessen privilegierter Schichten.

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall fordern die sofortige Freilassung aller inhaftierten demokratischen Politiker und Gewerkschafter, die Beseitigung aller Behinderungen der gewerkschaftlichen Arbeit sowie die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse.

Die Delegierten des 13. ord. Gewerkschaftstages der IG Metall erwarten auch von der Bundesregierung einen konsequenten Einsatz für die Demokratie in der Türkei. Demokratische Freiheitsrechte dürfen nicht hinter bündnispolitischen Erwägungen zurückstehen.

73 Unterschriften

Empfehlung der Antragsberatungskommission:

Wird dem Gewerkschaftstag zur Annahme empfohlen.

Beschluß des Gewerkschaftstages:

Angenommen     Abgelehnt     Material an den Vorstand.  
Stimmen:..... dafür:..... dagegen:..... enthalten:.....

### Verbotene DISK-Gewerkschaften und ihre verhafteten Vorsitzenden

#### TÜRKIYE MADEN-IS

Gewerkschaft der Metallarbeiter –  
Mehmet Karaca

#### GENEL-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten im  
Dienstleistungsgewerbe – Abdullah  
Bastürk

#### BANK-SEN

Gewerkschaft der Büroangestellten,  
der Beschäftigten der Börsen, der Ver-  
sicherungen und der Kooperativen –  
Metin Denizmen

#### ASTER-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten der  
Militärwaffen und -einrichtungen –  
Ayhan Dümen

#### NAKLIYAT-IS

Gewerkschaft der Land- und Seetrans-  
portarbeiter – Mehmet Sülbin

#### ILERICI DERI-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Leder-  
warenindustrie – Kenan Budak

#### SINE-SEN

Gewerkschaft der Beschäftigten der Film-  
und Kinobranche – Rauf Yalazangil

#### AS-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Holzver-  
arbeitenden Industrie – Alev Ates

#### DEVIRIMCI-TOPRAK-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Boden-  
und Wasserproduktgewinnung, der Fi-  
scher, der Schwammsucher und der  
Beschäftigten der Forstbetriebe –  
Fuat Gedik

#### BASIN-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Druck-  
industrie – Burhan Sahin

#### TÜRKIYE GIDA-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten der  
Nahrungsmittelindustrie – Demirhan  
Tuncay

#### LASTIK-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Gummi-  
Kautschuk- und Plastikindustrie –  
D. Ali Yalniz

#### BAR-DER-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Leder-  
und Lederprodukteindustrie – Kenan  
Budak

#### TAM-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten der  
Holz- und Korkverarbeitenden Indu-  
strie –

#### TEKSTIL-IS

Gewerkschaft der Textilarbeiter –  
Rivdan Budak

#### KERAMIK-IS

Gewerkschaft der Arbeiter in der Ke-  
ramik-, Zement-, Porzellan- und Zie-  
gelsteinindustrie – Mustafa Aktulgali

#### DEVIRIMCI YAPI ISCILER

Progressive Bauarbeiter-Gewerkschaft  
– Ibrahim Cetkin

#### TUMKA-IS

Gewerkschaft der Arbeiter der Zellulo-  
se- und Papierverarbeitenden Industrie  
– Kemal Yilmaz

#### TEK GES-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten in der  
Strom-, Wasser- und Gasversorgung –  
Selehattin Sayin

#### PETKIM-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten in der  
Petrochemieindustrie – Yalcin Talaka

#### SOSYAL-IS

Gewerkschaften der Beschäftigten im  
Versicherungs-, Bildungs- und Bürowe-  
sen – Özcan Kesgec

#### BASYEN

Gewerkschaft der Arbeiter beim Mini-  
sterium für Aufbau und Entwicklung  
– A. Cevat Özhasirci

#### OLEY-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten des  
Hotel- und Gaststättengewerbes –  
Nusret Aydin

#### DEM-LIM-IS

Gewerkschaft der Eisenbahn-, Hafen-,  
Flughafen- und Bauarbeiter – Taner  
Baygöl

#### YENI-HABER-IS

Gewerkschaft der Arbeiter und Ange-  
stellten bei der Post, bei den Fernseh-  
und Rundfunkanstalten – Eyüp Sihhatli

#### ULAS-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten im  
Transportgewerbe – Sabri Topcu

#### DEV-MADEN-SEN

Gewerkschaft der Minenforschungs-  
und verarbeitungsindustrie – Müslüm  
Sahin

#### BISEN

Gewerkschaft des Büropersonals und  
der Beschäftigten der Bildungseinrich-  
tungen – Orhan Ulukan

#### YERALTI-MADEN-IS

Gewerkschaft der Minenarbeiter –  
Cetin Uygur

#### YENI GES-IS

Gewerkschaft der Arbeiter in der Gas-  
Energie- und Wasserversorgung –  
Orhan Ulukan

#### YENI DEVIRIMCI

#### SAGLIK-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten des Ge-  
sundheitswesens – Hasan Bürgac

#### HAS-IS

Gewerkschaft des Krankenhausperso-  
nals – Halil Hayta

#### LIMTER-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten im  
Schiffsbau, in den Häfen und Werften  
– Metin Yagmur

#### FINDIK-IS

Gewerkschaft des Personals in der Land-  
wirtschaftskooperativen – Akcin Koc

#### GIDA-SEN

Gewerkschaft der Beschäftigten der  
Nahrungsmittelindustrie – Cavit Tiryaki

#### HÜR CAM-IS

Gewerkschaft der Beschäftigten der  
Glas-, Flaschen- und Mosaik-Industrie  
– Ferudun Ertas

Türkei-Info 1/81

Am 24. Dezember begann der Prozess gegen die seit 15 Monaten eingekerkerten DISK-Gewerkschafter. Zur Zeit verliest der Militärstaatsanwalt S. Takkeci seine 865 Seiten umfassende Anklageschrift, die sich auf Lügen und Verfälschungen stützt. Gemäß Paragraph 146 des Türkischen Strafgesetzbuches wird für 52 Gewerkschaftsfunktionäre die Todesstrafe gefordert.

Die Generäle rissen am 12. September mit Waffengewalt die Macht an sich, um wie sie behaupteten, den Terror zu beenden, der Schrecken für die gesamte Bevölkerung bedeutete. Nun beabsichtigen sie die führenden Gewerkschaftsfunktionäre des Landes zu hängen. Wir fragen: Welche Terrorakte hat DISK zu verantworten, der hunderttausende Mitglieder in sich vereint und seit 15 Jahren unbeirrt für die Rechte der arbeitenden Menschen eintritt?

Die Tageszeitung "Tercüman", treuer Diener der Konzerne, veröffentlicht die von Takkeci vorbereitete Anklageschrift. Fakt ist: Dem Staatsanwalt liegen keine Beweise vor, die die Beschuldigung, DISK sei in den Terrorismus verwickelt gewesen, untermauern könnten. Selbst die unter monatelangen Folterungen erpreßten Aussagen genügen nicht, eine solche Schuld DISK anzulasten. In Wirklichkeit hat DISK sich nicht im geringsten des Terrorismus schuldig gemacht.

Auch Militärstaatsanwalt Takkeci scheint es klar geworden zu sein, daß derart unbegründete Beschuldigungen nicht geltend gemacht werden können. Er bedient sich einer neuen Taktik. Er wirft den DISK-Funktionären vor, "den Versuch unternommen zu haben, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen" und "die Absicht verfolgt zu haben, die Nationalversammlung zu liquidieren oder in ihrer Tätigkeit zu hindern".

Wir fragen: Wer hat die verfassungsmäßige Ordnung mit Waffengewalt gestürzt, die Nationalversammlung aufgelöst, demokratische Rechte und Freiheiten aufgehoben und zehntausende von Bürgern eingekerkert? Die Antwort liegt auf der Hand: Nicht DISK, sondern den Juntagenerälen ist dies anzulasten, die nach dem Motto: "Ein geübter Dieb wirft den Hausherrn raus" nun DISK verurteilen wollen.

Die DISK-Funktionäre werden nicht aufgrund von Aktivitäten gegen die Demokratie und die verfassungsmäßige Ordnung angeklagt, sondern weil sie die Verfassung und Demokratie verteidigt haben. Dies gilt auch für die Angeklagten im "TKP-Prozeß" in Gölcük bzw. im TÖB-DER-Prozeß.

Als konsequenter Verteidiger der Arbeiterinteressen zog DISK sich die Feindschaft des Kapitals zu. Weil DISK versuchte, die schamlose Ausbeutung der Werktätigen zu verhindern, will man ihn jetzt zur Rechenschaft ziehen.

Kollegen, Jugendliche, Intellektuelle!

Die Junta verurteilt uns, die Arbeiterklasse, die Werktätigen. Sie verur-

teilt diejenigen, die für freie gewerkschaftliche Betätigung, Tarif- und Streikrecht eintreten. Das heißt, die Junta will die Löhne und Gehälter selbst diktieren. Die größten Arbeitgeber des Landes und ihre Vertreter wie Turgut Üzal, Halit Narin und Vehbi Koc sollen bestimmen, was den arbeitenden Menschen zusteht. Sie will die Türkei für die Konzerne und die Imperialisten zu einem "Rosengarten ohne Dornen" machen.

Solidarität ist das Gebot der Stunde! Unsere Kollegen in den Gefängnissen und vor den Gerichten dürfen wir nicht im Stich lassen. Erheben wir unsere Stimme:

Die DISK-Gewerkschafter müssen unverzüglich freigelassen werden!

Das DISK-Verbot und jegliche Verbote, die die freie gewerkschaftliche Organisation verhindern, müssen zurückgenommen werden!

Die Einschränkung der gewerkschaftlichen Tätigkeit von Türk-Is muß aufgehoben werden!

Die Oberschiedskommission muß aufgelöst werden!

Tarif- und Streikrechte müssen gewährt werden!

TÜRKIYE SOSYAL TÜSTAY TARİH ARASIRMA MERKEZİ



## GEWERKSCHAFTER VOR GERICHT

Der Mammutprozess gegen den progressiven Gewerkschaftsbund (DISK) in der Türkei hat am 24.12.1981 in Istanbul begonnen.

Die Militär-Staatsanwaltschaft verlangt in seiner 817seitigen Anklageschrift für 52 DISK-Gewerkschafter die Todesstrafe.

Schon bereits nach dem ersten Prozesstag ist ersichtlich, wie einseitig der Prozessverlauf geführt wird.

Laut Funk- und Presseinformationen werden die DISK-Gewerkschafter für folgendes beschuldigt:

1. Protest seitens der DISK gegen die Verminderung und Begrenzung der Gewerkschafts- und Streikrechte der Regierung, im Jahre 1970.
- zu 1) Wenn die Vorhaben der Regierung verwirklicht worden wären, würde das Streik- und Tarifvertragsrecht vermindert bzw. abgeschafft. Das Hauptziel war es, "DISK" zu schließen.
2. Protest von Seiten der DISK gegen den Gesetzentwurf über die Einrichtung von Staatssicherheitsgerichte durch die Regierung, im Jahre 1976.
- zu 2) Wenn die Vorhaben der Regierung verwirklicht worden wären, würden alle Angestellten und Arbeiter die der Regierung nicht zusagen, dem Staatssicherheitsgericht vorgeführt und bestraft.
3. Inanspruchnahme des Streikrechtes während der Tarifrunden von verschiedenen DISK-Gewerkschaftern. Dies wurde von der Militär-Staatsanwaltschaft als Verursachung des Unterganges der türkischen Wirtschaft angesehen.

zu 3) Dadurch wurde versucht, den Untergang der Wirtschaft, die profitgierige Unternehmer verschuldet haben, auf die Arbeiter zu schieben. Arbeitgeber und Regierung suchten schon seit langem Schuldige dafür.

4. Aufruf von DISK zur 1. Mai-Kundgebung, die seit 54 Jahren in der Türkei offiziell verboten ist.

zu 4) DISK hat 1. Mai-Kundgebungen organisiert, "1. Mai - Tag der Arbeit", der auf der ganzen Welt jedes Jahr gefeiert wird, mit Teilnahme aller arbeitender Menschen, Staatsmänner, Minister, Kanzler.

5. Protestaktionen von DISK gegen die durch einen Bombenanschlag ums Leben gekommenen 6 Studenten in der Universität Istanbul.

zu 5) DISK Protestaktion gegen "Terror und Gewalt", für Demokratie und Freiheit".

DISK hatte danach in Fabriken zu einer Gedenkzeit von 5 Minuten, gegen "Terror und Gewalt", während der Arbeitszeit aufgerufen.

6. Protestaktionen seitens DISK gegen Preissteigerung, Inflation und Arbeitslosigkeit.

zu 6) DISK organisierte Protestaktionen gegen die unglaublichen Preissteigerungen bis zu 500 %, Inflationsrate bis zu 100 % und gegen die Arbeitslosigkeit, die die 5 Millionengrenze überschritten hat. DISK hat gegen Hunger und für Brot protestiert.



## Verurteilung um jeden Preis

Die Inanspruchnahme der demokratischen Grundrechte von DISK wird von der Militär-Staatsanwaltschaft als gewaltsame Abschaffung des Grundgesetzes, der Demokratie und des parlamentarischen Systems angesehen. Darin sehen sie Grund genug, für 52 DISK-Gewerkschafter die Todesstrafe zu fordern.

Am ersten Prozesstag hat das Gericht beschlossen, den DISK-Prozess unter den "Kriegszustand-Bestimmungen" durchzuführen. (x) Die Zahl der Verteidiger wurde durch das Gericht begrenzt.

Der für das Gericht unangenehme Rechtsanwalt Orhan Apayden, 1. Vorsitzender der Anwaltskammer Istanbul, wurde vom Prozess ausgeschlossen. Daraufhin verließen 78 Verteidiger aus Protest gegen diese Gerichtsentscheidung den Gerichtssaal.

Daran erkennt man, wie einig sich das Gericht ist, der Militär-Junta zu dienen und 52 DISK-Gewerkschafter unter allen Umständen zu verurteilen.

Es kann also von einem demokratisch geführten Prozess nicht die Rede sein.

(x) Die Kriegszustandsbestimmungen beinhalten folgendes:

Das Gericht kann die Zahl der Verteidiger beliebig begrenzen. Die Angeklagten können über einen einmal gefällten Urteilspruch keinen Einspruch erheben.

# SOLIDARITÄT MIT DISK - JETZT !

Was können wir konkret tun?  
-----

Unabhängig davon was wir denken, welcher Partei, Organisation, Nationalität und welchem Glauben wir angehören, müssen wir gegen die Vorhaben der türkischen Militär-Staatsanwaltschaft, die 52 DISK-Gewerkschafter aufhängen will, angehen und gegen die Todesstrafe protestieren bzw. uns mit den 52 DISK-Kollegen solidarisieren.

Wir haben, um dies in die Wege zu leiten, in Krefeld ein Solidaritätskomiteé gegründet.

Deshalb sollten wir folgendes tun:

- 1.) Protestbriefe, Telegramme und Schreiben an folgende Adressen schicken:

TC. Botschaft  
Utestraße 47  
5300 Bonn-Bad Godesberg

- 2.) Solidaritätsschreiben an:

Istanbul Barosu  
Baro Sokak - Baro Han

Tünel - Istanbul

T Ü R K E I

(unter Punkt 2 angegebene Adresse ist die Anschrift der Anwaltskammer in Istanbul)

- 3.) In den Firmen, auf den Straßen und Umgebungen in welcher Sie arbeiten, wohnen und verkehren, Protest- bzw. Solidaritäts-Unterschriften sammeln, und diese an die unter Punkt 1 und 2 angegebenen Adressen schicken (bitte auch eine Kopie an uns, Adresse siehe unten!)
- 4.) Über den DISK-Prozess und den Antrag der Militär-Staatsanwaltschaft, die die Todesstrafe für 52 DISK-Kollegen fordert, in Ihrer Umgebung diskutieren (z.B. in den Parteien, Gewerkschaften, demokratische Institutionen und Organisationen).

5.) Solidarität mit den Demokraten der Türkei.

In Krefeld aktiv mitwirken, mitarbeiten, mit uns Verbindung aufnehmen.

6.) Teilnahme an Diskussionen, Versammlungen und Kundgebungen, die wir in Kürze veranstalten werden.

Wir danken im Voraus.

Kontakt-Adresse:

Krefelder Solidaritätskomitee  
mit den Demokraten der Türkei  
Südstraße 15  
4150 Krefeld

Telefon: 77 93 93

TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Name:

Adresse:

Unterschrift:

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAY TARİH ARAŞTIRMA VAKFI



# **DISK-Gewerkschafter in der Türkei von der Todesstrafe bedroht!**

Gegen die „in der Türkei verübte Terrorjustiz“ und das „täglich begangene himmelschreiende Unrecht“ protestierte der DGB-Vorsitzende H. O. Vetter bereits im Juli 1981, als der Militärstaatsanwalt in Istanbul, S. Takkeci, auf einer Pressekonferenz bekanntgab, daß er im bevorstehenden DISK-Prozeß gegen 52 führende DISK-Gewerkschafter die Todesstrafe beantragen werde. In einem Protestschreiben an die Türkische Botschaft machte Vetter darauf aufmerksam, daß der DISK-Vorsitzende Bastürk und viele seiner mitangeklagten Kollegen der in-

Einen Eindruck seines juristischen Grundverständnisses vermittelt der Staatsanwalt vor allem, wenn er nach seitenlangen verallgemeinerten Erläuterungen zur Entstehung der Gewerkschaften in der ganzen Welt insbesondere die CGT unter die Lupe nimmt und aus ihren Berichten zitiert, um anschließend messerscharf die Schlußfolgerung zu ziehen: „Aus diesen Erläuterungen geht hervor, daß der DISK eine Organisation ist, die die Ideen

internationalen Gewerkschaftsbewegung als „aufrechte Demokraten“ bekannt seien.

Wie zu Beginn des Massenprozesses am 24. 12. 1981 in Istanbul deutlich wurde, scheint der zuständige Militärstaatsanwalt mit der Fertigstellung der 817 Seiten umfassenden Klageschrift auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen zu sein: Die Anklageschrift begnügt sich mit Behauptungen und Vermutungen, wo handfeste Beweise erwartet werden. Grußbotschaften befreundeter Organisationen, vor allem ausländischer Gewerkschaften werden

und Aktivitäten der revolutionären und kommunistischen Gewerkschaften in Europa, die die bestehende freiheitlich-parlamentarische Grundordnung stürzen wollen, in der Türkei verbreitet und durchführt.“ (Anklageschrift, S. 25).

## **DISK-Verschwörung?**

Der DISK-Vorsitzende Bastürk und weitere 51 angeklagte DISK-Funktio-

seitenlang zitiert, um angebliche „internationale Verflechtungen“ zu verdeutlichen. Anstelle von Handlungen, die, wie der Militärstaatsanwalt behauptet, „die gewaltsame Abschaffung des Grundgesetzes und der Demokratie“ herbeiführen sollen, werden die programmatischen Erklärungen in zahlreichen DISK-Veröffentlichungen aufgelistet, in denen die Inanspruchnahme der demokratischen und gewerkschaftlichen Grundrechte manifestiert sind.

näre werden in erster Linie beschuldigt, eine Verschwörung gegen die verfassungsmäßige Staatsordnung angezettelt zu haben, mit dem Ziel, wie Oberst Takkeci formulierte, „diese gewaltsam zu ändern und eine marxistisch-leninistische Ordnung herbeizuführen.“ Der Militärstaatsanwalt be ruft sich dabei auf die Paragraphen 141 und 146 des türkischen Strafrechts, die dieses Strafmaß für Personen vorsehen, die „auf gewaltsame Weise ver-





## Ecevit in Haft

Noch bevor die Militärjunta alle Parteien auflöste, leitete die Militärstaatsanwaltschaft gegen den ehemaligen CHP-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Bülent Ecevit ein Verfahren ein. Ein Militärgericht in Ankara verfügte eine viermonatige Haftstrafe, die nachträglich auf zwei Monate verkürzt wurde.

suchen, das Grundgesetz der Republik Türkei oder die durch dieses Gesetz geschaffene Große Nationalversammlung abzuschaffen."

Die in der Erklärung der Militärstaatsanwaltschaft erwähnten Punkte lassen jedoch die Frage unbeantwortet, welche konkreten Verbrechen einer „Verschwörerorganisation“ den Angeklagten angelastet werden, die im In- und Ausland als engagierte Demokraten über ein hohes Ansehen verfügen. Als erster Punkt wird beispielsweise eine von DISK-Gewerkschaften gegen ein drohendes „Verbändegesetz“ des Ministerpräsidenten Demirel durchgeführte Demonstration angeführt, die nunmehr 11 Jahre zurückliegt. Als zweiter Anklagepunkt wird „der Versuch eines Generalstreiks von 1976“ genannt, mit dem der DISK gegen die geplante Wiedereinführung der Staatssicherheitsgerichte protestierte. Durch geschicktes Taktieren der CHP-Abgeordneten blieb der Gesetzesentwurf trotz der Parlamentsmehrheit der Demirel-Türkes-Koalition anschließend im Parlament stecken.

## Verurteilung um jeden Preis

Als einen weiteren Anklagepunkt führt Oberst Takkeci den vom DISK ausgerufenen Generalstreik am 20 März 1978 auf, der unter der Bezeichnung „Warnung vor dem Faschismus“ stattfand und einen Protest gegen die verstärkten Terroraktivitäten der bewaffneten MHP-Kommandos darstellen sollte. Nur wenige Tage davor waren bei einem Bombenanschlag auf dem Universitätsgelände in Istanbul mehrere Studenten getötet worden. Schließlich habe der DISK am Vor-

## Im Nato-Land Türkei...

wurden seit dem 12. September 1980: 140.000 Menschen festgenommen, davon 40.000 noch in Haft; 5.000 Gewerkschaftler inhaftiert; die Verfassung außer Kraft gesetzt; alle politischen und gewerkschaftlichen Rechte suspendiert; die wichtigsten Gewerkschaften, alle Berufsverbände und -organisationen verboten; über 500 Menschen, überwiegend Kurden „auf der Flucht“ erschossen; über 50 politische Gefangene zu Tode gefoltert; 10 Menschen erhängt.

„Wir sind mit der Entwicklung in der Türkei sehr zufrieden.“

US-Kriegsminister C. Weinberger am 4. 12. 1981 in Ankara

„Die Verhältnisse in der Türkei kann man nicht mit Polen vergleichen.“

US-Außenminister A. Haig am 12. 1. 1982 in Brüssel.

abend des 1. Mai 1980 Protestaktionen gegen das Verbot der 1. Mai-Veranstaltungen durch Kriegsrechtsbehörden durchgeführt. In den vorangegangenen Jahren sei der Taksim-Platz in Istanbul, so Oberst Takkeci, „von der DISK-Gewerkschaften als 1. Mai-Platz bezeichnet und periodisch jedes Jahr in ein rotes, blutiges Aktionsfeld umgewandelt worden.“ Mit keinem Wort ging der Oberst auf die zahllosen Terrorakte gegen DISK-Mitglieder ein. Sowohl das Massaker am 1. Mai 1977, bei dem 38 DISK-Mitglieder getötet wurden, als auch der am 22. Juli 1980 von faschistischen Mördern er-

schossene Gründer und langjährige Vorsitzende von DISK, Kemal Türker, bleiben unerwähnt.

## Proteste aus dem Ausland

Die internationale Gewerkschaftsbewegung protestierte sofort voller Empörung gegen die DISK-Prozesse. Der Versuch der Militärstaatsanwaltschaft war zu offenkundig, die Tätigkeit der DISK-Führer im Rahmen ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten und ihrer Statuten nachträglich als Verbrechen hinzustellen. Mit seiner Anklageschrift hat auch der Militärstaatsanwalt Takkeci stillschweigend zugegeben, daß DISK-Gewerkschaften mit dem Terror nicht das geringste zu tun gehabt haben, wie Bastürk bereits bei einem Zivilprozeß erklärte: „DISK lehnte die Anarchie und den Terror auf unmißverständliche Weise ab und rief die zuständigen Personen und Institutionen bei jeder Gelegenheit zum Kampf gegen Anarchie und Terror auf.“

Mehr denn je wird es nunmehr von der demokratischen Öffentlichkeit im von den Machhabern in Ankara gefürchteten Ausland abhängen, einen Schauprozeß mit tödlichem Ausgang für ehrenhafte Gewerkschafter zu verhindern.

## TÖB-DER-Prozeß

### Hohe Freiheitsstrafe für Funktionäre des Lehrerverbandes



Der demokratische Lehrerverband der Türkei, dem 60 % der Lehrer in der Türkei angehörten, wurde nach dem Putsch vom 12. September 1981 aufgelöst, seine Funktionäre und Mitglieder verhaftet. Der Vorsitzender der TÖB-DER Gültekin Gazioglu und einige andere Vorstandsmitglieder — die zur Zeit im Exil in der Bundesrepublik sind — wurden ausgebürgert. Mehr als 10.000 Lehrer wurden strafversetzt.

Die Angeklagten waren 14 Monate lang in Haft. Ihre Gesundheit wurde unter unmenschlichen Bedingungen in Gefängniszellen ruiniert.

Der TÖB-DER Prozeß endete Dezember 1981. Zum Ende des Prozesses

durften die Angeklagten nur 10 Minuten ihr Schlußwort halten. Einige Lehrer ergriffen die Gelegenheit nochmal und berichteten, daß sie während der Haft gefoltert worden sind. Sie wurden unter Folter gezwungen, Aussagen zu machen, die von der Polizei diktiert waren. Es ist im Prozeß bekannt geworden, daß die Zeugen ihre Aussagen unter Polizeidruck machten und die Angeklagten diese Zeugen nie gekannt haben.

Das Urteil des Militärgerichtes lautete: TÖB-DER ist verboten worden, ihre Funktionäre und Mitglieder sind zu schweren Gefängnisstrafen zwischen 3 - 9 Jahren verurteilt worden. Das Eigentum der Organisation wurde vom Staat konfisziert.

# Schon verurteilt?

Mit diesem Prozess wird nicht nur der Versuch unternommen, die demokratische Öffentlichkeit einzuschüchtern, sondern beabsichtigt die Militärdiktatur der Arbeiterbewegung des Landes einen entscheidenden Schlag zu versetzen, und somit dem gesellschaftlichen Fortschritt den Garaus zu machen.

Unter der Todesanklage stehen nun 52 erfahrene Gewerkschaftler der DISK-Führung, darunter 9 Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes, 7 Mitglieder des Hauptvorstandes, 7 Personen aus der Schiedskommission und 6 Personen aus dem Kontrollausschuß.

Schon während der Vorbereitung der Anklageschrift im Juli des vergangenen Jahres, versuchte der Militärstaatsanwalt das Unternehmen der Putschgenerale vom 12. September 1980 mit von DISK durchgeführten Aktivitäten zu rechtfertigen.

So äußerte er sich im Juli 1980: „Der sich als Klassen- und Massengewerkschaft bezeichnende DISK, setzte sich mit seinen Aktivitäten darüber ein, worüber bei Freunden und Feinden Einigkeit ist, den Staat ökonomisch, politisch und sozial unter Druck zu setzen, die Staatsmaschinerie und -autorität zu lähmen und somit eine Rebellions- und Aufruhratmosphäre vorzubereiten, in der die naiven Bevölkerungsmassen als Waffe dienen.“

## Sporthalle als Gerichtssaal

Die Verhandlung findet in der, zu Gerichtsräumen verwandelten Sporthalle, der „Atatürk-Studentischen Anlagen“ in Topkapi-Istanbul statt. Angeklagt werden 52 DISK-Funktionäre, darunter der Vorsitzende Bastürk. Die Anklage lautet: Todesstrafe.

Die Militär-Verhandlungskommission Nr. 2 der Kriegsrechtskommandatur in Istanbul setzt sich aus 3 Offizieren, dem Hauptrichter, Oberst Orhan Gurkan, dem Verhandlungsrichter, Major Cetin Güvener, und dem Richter, Hauptmann Saygi Nalbantoglu zusammen.

Um 9.30 Uhr, kurz vor Beginn der Verhandlung, wurden 52 Angeklagte über einen, mit Stacheldraht umzäunten Weg, auf ihre Plätze geführt. Schon am Anfang des ersten Verhandlungstages wurde es deutlich, mit welchen Methoden die Militärs den Gewerkschaftlern „den Prozess“ machen wollten.

Im Saal befanden sich 75 Verteidiger, darunter der ehem. Innenminister H.F.Günes und der Vorsitzende der Anwaltskammer in Istanbul Orhan Apaydin.

Auch der Angeklagte Bastürk, der Vorsitzende des DISK, äußerte seinen Zweifel an der Objektivität des Verhandlungsrichters, da er durch die Anordnung des „Kriegszustandsrechts“ eindeutig Stellung gegen die Angeklagten bezogen habe.

Der Antrag auf Absetzung des Richters wurde abgelehnt.

## „Kriegszustand“ im Gerichtssaal!

Der Militärstaatsanwalt, Oberst Süleyman Takkeci, verlangte die Anwendung des Paragraphen Nr. 85 des Kriegsrechtszustandes, Nr. 353 d.h. des „Kriegszustandsrecht“.

Laut diesen Paragraphen darf der Angeklagte nur einen Verteidiger nennen. So beschränkte die Verhandlungskommission die Zahl der Verteidiger auf 52 und erkannte den Angeklagten, für die Benennung der Verteidiger, eine erstaunlich kurze, 10-minütige Pause an.

Der Rechtsanwalt Orhan Apaydin versuchte nach der Pause, die Fixierung der Zahl der Verteidiger ohne Namensnennung zu beantragen, so daß, bei einer eventuellen Verhinderung, die Verteidigung durch andere übernommen werden kann.

Die Verhandlungsrichter unterbrachen ihn, ordneten die Entfernung Apaydins aus dem Gerichtssaal an, und als er weiter sprechen wollte, begründete er seinen Beschluß mit dem „Kriegszustandsrecht“.

So standen die Verteidiger auf und verließen den Saal.

Auch der zweite Verhandlungstag brachte weitere Diskussionen um Benennung der Verteidiger.

Die Angeklagten wurden vom Verhandlungsrichter darauf aufmerksam gemacht, daß sie je nur einen Verteidiger wählen dürfen. Die Rechtsanwälte betonten die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Verteidigungsrechtes. Die Diskussionen dauerten bis es vom Verhandlungsrichter ausdrücklich erläutert wurde, daß die Angeklagten zwar einen Verteidiger wählen dürfen, der aber im Falle einer Verhinderung durch einen bevollmächtigten Kollegen vertreten werden können. Nach der Wahl der Verteidiger wurde mit der Verlesung jener 10 Seiten der Anklageschrift, die sich mit der Satzung des DISK auseinandersetzten, fortgeführt.

## Prozesse gegen „TKP-Mitglieder“

Mit einer üblichen Hetzkampagne gegen die TKP begannen die beiden Prozesse im Dezember in der Türkei.

In Ankara werden 205 Personen wegen TKP-Mitgliedschaft angeklagt und in Gölçük 230. Die Angeklagten in Gölçük — im Marinestützpunkt Gonca — durften vor dem Prozeß nicht mit ihren Rechtsanwälten sprechen. Obwohl sie dieses Recht bis zum Prozeßbeginn immer wieder geltend machten.

Nachdem das Militärgericht diese Forderung abgelehnt hatte, brachten die Angeklagten ihren Protest gegen diese Handlung des Militärgerichts — die gegen jegliche Rechtsbestimmung verstößt — zum Ausdruck.

Mit den, wie sie vor Gericht erklärten, üblichen Methoden der türkischen Geheimpolizei bei den Verhören, wurden die Angeklagten durch schwere Folterungen gezwungen, sich zur „TKP-Mitgliedschaft“ zu bekennen. Die Militärjunta versucht die Angeklagten durch eine Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren, da sie ihnen keine direkten Vorwürfe wegen Terrorismus machen können.

Den Angeklagten wird in erster Linie der Verstoß gegen den Paragraphen 141 des türkischen Strafgesetzbuches vorgeworfen. Dieser Paragraph wurde von den Artikeln 270 und 272 des faschistischen italienischen StGB von 1930 wörtlich ins Türkische übersetzt und 1936 in das türkische Strafgesetzbuch übernommen.

## **DISK:**

# **Konsequent gegen Terror — für Frieden und Demokratie**

Der Progressive Gewerkschaftsbund (DISK) wurde am 13. Februar 1967 als Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften gegründet. Als Vorsitzende wurde Kemal Türkler und als Generalsekretär Ibrahim Güzelce gewählt. Zu den Gründungsgewerkschaften, die bis dahin der Konföderation der Gewerkschaften der Türkei (Türk-Is) gehörten, zählen die Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is, Reifen- und Gummiindustriergewerkschaft Lastik-Is, die Nahrungsmittelindustriergewerkschaft Gida-Is, die Gewerkschaft der Beschäftigten der Druckindustrie Basin-Is und der Gewerkschaft der Bergbauarbeiter Türk Maden-Is. Bei seiner Gründung hatte DISK 30.000 Mitglieder.

In den Jahren 1967 bis 1971 verzeichnete DISK eine rasche Entwicklung. In dieser Zeit wurden die Tarifkämpfe härter. Die Angriffe auf die soziale Lage der Arbeiter beantworteten die DISK-Gewerkschaften mit Streiks und Betriebsbesetzungen wie 1968 Derby, Kavel, Alpagut; 1969 T. Demir-Döküm, Gamak; 1970 Günterm und Sungurlar.

Im Jahre 1970 unternahm die Demirel-Regierung den Versuch, das Gewerkschaftengesetz zu verändern. Damit sollte das Recht auf die freie Wahl der Gewerkschaft aufgehoben und DISK vernichtet werden. Gegen diese Absicht stellten sich neben den Gewerkschaften zahlreiche Intellektuelle, Juristen und Studenten. Am 15. und 16. Juni fanden in Istanbul, Gebze und Izmir Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen statt.

Anfang 1971 spitzte sich die Situation in der Türkei besonders zu. Im März 1971 stellten die Generäle ein Ultimatum. Am 12. März übernahmen sie durch einen Militärputsch die Regierungsgeschäfte und errichteten eine Diktatur. In den Jahren 1931 bis 1973 wurden die demokratischen Rechte und Freiheiten aufgehoben, die gewerkschaftliche Betätigung verhindert, und eine massive Verfolgung von Gewerkschaftlern, Intellektuellen und anderen Demokraten eingeleitet.

In den Jahren 1973 bis 1975 erstarkte DISK weiter und erhielt in zahlreichen Betrieben das Vertretungsrecht. In dieser Zeit übertraten mehrere Türk-Is-Gewerkschaften in DISK.

DISK gelang es im Jahre 1976, das seit 52 Jahren bestehende 1.Mai-Verbot zu durchkreuzen. In Istanbul wurde eine Demonstration durchgeführt, an der mehrere Tausend Menschen teilnahmen.

Im gleichen Jahr startete die Nationalistische Front den Versuch Staatsicherheitsgerichte einzuführen. Nach DISK-Kundgebungen am 6. September 1976 in Izmir und am 20. September 1976 in Istanbul konnte dies verhindert werden.

1977 streikten die Metalarbeiter 8 Monate lang für Loherhöhung, die die Inflation ausgleichen sollen und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Bei der 1.Mai Demonstration 1977 von über 500.000, übten Polizei, Faschisten und Maoisten Hand in Hand eine blutige Provokation aus. 36 Teilnehmer wurden ermordet.

Im Zuge des faschistischen Aufmarsches wurden die Schlüsselpositionen des Staates, der Polizei und der Armee mit Faschisten besetzt. So sollten auch bei den staatlichen Betrieben, wie TARIS-Werken in Izmir, die Arbeiter entlassen und dafür faschistische Militanten eingesetzt werden. Die DISK-Gewerkschaftler besetzten im Februar 1979 den Betrieb, der von der Armee umzingelt wurde. Hunderte von Arbeitern wurden festgenommen und Razzien bei den umliegenden Orten durchgeführt. DISK rief zu einem zweitägigen Proteststreik auf.

1980 traten in zwei Etappen 60.000 Arbeiter gegen die Hungerlöhne in Streik. Über 70 weitere Streiks wurden aus Gründen „nationaler Sicherheit und Gesundheit“ verschoben. Auch 1980 wurde den Verhältnissen des verschärften Kriegsrechts die 1.Mai Kundgebungen verboten. Das ganze Land wurde von der Armee belagert. Den Höhepunkt der faschistischen Angriffe gegen die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei stellte die Ermordung des langjährigen DISK-Vorsitzenden, Kemal Türkler, dar.

Am 25. Juli rief DISK zu einem eintägigen Generalstreik gegen den faschistischen Terror auf, zu dem über eine Million Arbeiter, Angestellte und Beamte folgten.

Am 13. September 1980 sollten Hunderttausende in DISK und TÜRK-IS organisierte Arbeiter, deren beschlossene Streiks verschoben waren bzw. die Tarifverhandlungen ergebnislos verliefen, in Steik treten. Doch es kam nicht zu den Streiks. Denn die Generäle ergriffen am 12. September, ein Tag davor, die Macht und setzten alle gewerkschaftlichen Rechte außer Kraft.



## **Solidarität tut Not!**

- **Sofortige Freilassung aller Demokraten und aktiven Gewerkschaftler in der Türkei!**
- **Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!**

Protestschreiben an  
**Türkische Botschaft**  
Utestraße 47  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Solidaritätsschreiben an:  
**Istanbul Barosu**  
(Anwaltskammer)  
Piremeci Sok., Baro Han  
Tünel  
I s t a n b u l - T ü r k e i

*Für eine Durchschrift Ihres Schreibens an: „Türkei-Informationen“, Lichtstraße 31, 4000 Düsseldorf 1, wären wir dankbar.*

## **Gewerkschaftsbewegung in der Türkei**

Prozesse gegen DISK und andere demokratische Organisationen

Türkei-Informationen - Sonderheft 1/82,  
3.- DM

zu bestellen bei

„Türkei-Informationen“, Lichtstr. 31  
4000 Düsseldorf 1

# **FIDEF**

**Föderation  
der Arbeitervereine  
der Türkei in der BRD**

Lichtstr. 31

4000 Düsseldorf 1

Tel.: (02 11) 66 42 84



Program:

18:00 Salona geliř

18:15 Hořgeldiniz (S. Cınar'ın kısa aıř konuřması)

18:15-18:30 Konukların tanıtılması

DİSK'li sendikacıların tanıtılması

18:30 Toplantıyı dzenleyen ve destekleyen DİSK'li sendikacılar adına  
DİSK MYK yesi Kemal Daysal'ın konuřması

18:50-20:30 Yabancı konukların konuřması ve uluslararası dayanıřma mesajları

20:30(45)-21:00 Ara (15 dakika)

21:00 Trkiye'deki grevlerle dayanıřma aęrısı ( rozetler)

Demokratik kuruluřlardan gelen mesajlar

Kltr-sanat programı/Folklor

Wir feiern den 20. Gründungstag der DISK

# Wir beteiligen uns an dem Aufruf "FREIHEIT FÜR DIE DISK!"

Die DISK wurde vor 20 Jahren am 13. Februar 1967 gegründet. Vor 20 Jahren gelangten die Idee und die Prinzipien des Klassen- und Massengewerkschaftswesens in der Arbeiterklasse zu materieller Kraft.

Die Herrschenden, die Arbeitgeber und ihre Kollaborateure erklärten der DISK seit ihrer Gründung den Krieg. Um sie zu beseitigen und ihre Entwicklung zu verhindern, lenkten sie die Polizei, das Militär und von Arbeitgebern bezahlte und bewaffnete Männer auf die Organisationsarbeit, den Streik und den Widerstand der DISK. Sie fälschten die offiziellen Dokumente des Staates und versuchten dadurch zu unterbinden, daß die DISK die Kompetenz zum Aushandeln von Tarifverträgen bekam. Da das nicht ausreichte, machten sie neue Gesetze.

Trotz der Angriffe, die gegen die Existenz der DISK gerichtet waren, und trotz der Fallen, die ihr gestellt wurden, entwickelte und verstärkte sich die DISK. Dieser Kampf der DISK beeinflusste die Mitglieder der Türk-İş, die anderen Teile der Arbeiterklasse und die Reihen der demokratischen Kräfte stark. In kurzer Zeit wurde sie eine feste Stütze der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten, und die Zahl ihrer Mitglieder erhöhte sich.

Die DISK leistete Widerstand am 15. und 16. Juli gegen die neuen Gesetze, durch die die herrschende Klasse die Zurücknahme der gewonnenen gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten erreicht hatte. Sie machte die 1. Mai-Feier als Fest der Massen zu einer Tradition. Am 16. September erklärte sie den Generalstreik, um gegen die Gründung der Staatssicherheitsgerichte zu protestieren. Sie organisierte Mahnaktionen gegen den Faschismus. Mit großer Mühe setzte sie sich für die Entwicklung der Aktionseinheit der demokratischen Kräfte ein. Kurzum, die DISK hatte mit ihrem beharrlichen Kampf in der Türkei einen ehrenhaften Platz bei den türkischen und kurdischen patriotischen, demokratischen Kräften gewonnen.

Aus diesem Grund versetzte die Junta am 12. September zuerst der DISK einen schweren Schlag. Sie ließ die Funktionäre der DISK und Hunderte von Betriebsratsmitgliedern und Zuständigen der Gewerkschaft verhaften und foltern.

Der Prozeß gegen die DISK, den die Militärjunta anstrengen ließ, dauerte genau 5 Jahre. Das Militärgericht vollzog die Entscheidung der Junta, die, —ohne rechtliche Grundlage— eine politische Strategie war. Der Vorsitzende Abdullah Baştürk und 263 Gewerkschaftler wurden zu Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt. Die DISK wurde verboten.

Diese nach "Kriegszustandsbestimmungen" getroffene Entscheidung gegen die DISK-Mitglieder zeigte noch einmal den Charakter dieses Regimes. Sie wurde ein neues Beispiel für den Betrug der angeblichen Rückkehr zur Demokratie. Sicherlich ist der "DISK-Prozeß" und die Entscheidung des Militärgerichts nicht der einzige Fall, der das wahre Gesicht der Militärdiktatur zeigt. Er ist nur ein Teil ihrer Politik, die die Gefängnisse zu Folterkammern umwandelt, die gegen das kurdische Volk einen unerklärten Krieg führt, die Folterung von Zehntausenden von Patrioten und den Prozeß gegen das Friedenskomitee und den offenen Staatsterrorismus in den Universitäten ermöglicht.

Die Evren-Özal-Herrschaft erklärte einerseits mit dieser Entscheidung die Fortsetzung der Brutalität und forderte damit Arbeiterklasse und alle türkischen und kurdischen demokratischen und fortschrittlichen Kräfte heraus. Andererseits bedrohte sie die Arbeiter, die die ökonomischen und demokratischen Rechte und Freiheiten wiedergewinnen will und unter allen Umständen streikt. Die Arbeiterklasse wird sich jedoch dieser "Herausforderung" nicht beugen. Die Demonstrationen der Arbeiter in Balıkesir, İzmir, Eskişehir, die beharrlichen Streiks in NETAŞ, DERBY und mehrere Streiksbeschlüsse sind das deutliche Zeichen dafür.

Sowohl in der Türkei und in Türkei-Kurdistan als auch in der internationalen demokratischen Öffentlichkeit verstärkt sich der Ruf nach "Freiheit für DISK". Die Unterstützung der DISK verstärkt sich im Inland und Ausland.

Heute ist das für die türkischen und kurdischen Patrioten und für die demokratischen Kräfte eine wichtige Aufgabe. Die demokratischen Kräfte der Türkei erlebten, daß der gegen die DISK gerichtete Schlag auch gegen sie selbst war.

Jetzt braucht die DISK die internationale Solidarität mehr als je zuvor. Um sie zu verstärken, muß alles getan werden.

Die DISK besitzt eine 20-jährige Kampftradition. Sie von den Arbeitern zu trennen, kann sich niemand leisten.

Beteiligen wir uns an der Forderung "Freiheit für DISK!"

Wir rufen alle Patrioten, Demokraten und fortschrittlichen Kräfte auf zur Beteiligung an der Veranstaltung zum "20. Gründungstag der DISK" und zu ihrer Unterstützung.

**Komitee für die Feier  
des 20. Gründungstags der DISK**

Adresse: Hans-Sachs-Haus, Versammlungsraum, Vattmannstr., 4650 Gelsenkirchen

Datum: 28.2.1987      Uhrzeit 18.00 Uhr.



DİSK'in 20. kuruluş yılını kutluyoruz:  
**“DİSK'E ÖZGÜRLÜK”**  
**Seslerine Sesimizi Katalım**

DİSK, bundan 20 yıl önce, 13 Şubat 1967'de kuruldu. Bundan tam 20 yıl önce, DİSK'i DİSK yapan sınıf ve kitle sendikacılığı anlayış ve ilkeleri, işçi sınıfı içinde maddi bir güce dönüştü.

İktidarlar, patronlar ve işbirlikçileri, kurulduğu günden başlayarak DİSK'e karşı savaş ilan ettiler. DİSK'i yok etmek ve gelişmesini önlemek için, polis ve jandarmayı, işverenlerce tutulan paralı silahlı adamlarını DİSK'in örgütlenme çalışmalarının, grev ve direnişlerinin üzerine sürdüler. Devletin resmi belgelerinde sahtekarlık yaparak DİSK'in toplu sözleşme yetkisi almasını önlemeye çalıştılar. Bütün bunlar yetmeyince, bu defa yeni yasalar çıkartma yoluna gittiler.

DİSK, kendi varlığına yönelen bütün bu saldırıları göğüsleyerek, mücadele yolu üzerinde kurulan tuzaklardan sakınarak gelişti, güçlendi. DİSK'in bu mücadelesi, Türk-İş'in üyeleri arasında, işçi sınıfının öteki kesimlerinde ve demokratik güçlerin saflarında derin etkiler yarattı. Kısa bir zamanda, hem demokratik, sendikal hak ve özgürlüklerin sağlam bir dayanağı haline geldi, hem de üye sayısını 500 bine ulaştırmayı başardı.

DİSK, egemen sınıfların kazanılmış sendikal hak ve özgürlükleri geri almak amacıyla çıkarttığı yeni yasalara karşı, 15-16 Haziran şanlı direnişiyle çıktı, bu yasaları fiilen işlemez hale getirdi. 1 Mayıs'ların yığınsal olarak kutlanmasını gelenekselleştirdi. 16 Eylül'de Devlet Güvenlik Mahkemeleri'nin kuruluşunu protesto etmek için genel grev yaptı. Faşizme ihtar eylemlerini örgütledi. Demokratik güçlerin iş ve eylem birliğini geliştirmek için yoğun çabalar harcadı. Kısacası DİSK, yürüttüğü kararlı mücadele ile Türkiye'de Türk ve Kürt yurtsever güçlerinin, demokrasi güçlerinin arasında önemli ve onurlu bir yere sahip oldu.

Bu nedenle, cunta, 12 Eylül'de ilk ve ağır darbeyi DİSK'e indirdi. DİSK'in yöneticilerini ve yüzlerce işyeri temsilcisini ve sendika yetkilisini tutukladı, işkence tezgahlarından geçirdi.

Askeri cuntanın DİSK hakkında açtığı dava, tam 5 yıl sürdü. Askeri mahkeme, 12 Eylülcülerin DİSK için verdiği hukuki dayanakları yoksun, tamamen siyasi olan kararını yerine getirdi. Genel Başkan Abdullah Baştürk ve 263 DİSK'li sendikacı 15 yıla varan ağır hapis cezalarına çarptırıldı. DİSK kapatıldı.

“Savaş hali” hükümlerine göre yargılanan DİSK'liler için verilen bu karar, 12 Eylül rejiminin niteliklerini bir kez daha ortaya koydu. Demokrasiye sözüm ona dönüldüğü yalanının açığa çıkmasına yeni bir örnek oluşturdu. Elbette, “DİSK davası” ve askeri mahkemelerin kararı, diktatörlüğün iç yüzünü gösteren tek olay değildir. DİSK'e yapılanlar, hapishaneleri işkencehanelere dönüştüren uygulamaların, Kürt halkına karşı yürütülen ilan edilmemiş savaşın, on binlerce yurtsevere yapılan işkencelerin, Barış Davası'nın, üniversitelerdeki açık devlet terörünün bir parçasıdır.

Evren-Özal diktatörlüğü DİSK için verilen bu kararla, bir yandan zorbalığa devam edeceğini açıkladı, işçi sınıfına, Türk ve Kürt bütün demokratik, ilerici güçlere meydan okudu. Diğer yandan da sendikal, ekonomik ve demokratik hak ve özgürlüklere yeniden sahip olmak için sesini yükselten, bütün olumsuzluklara karşın grevler yapan işçilere gözdağı verdi. Ama işçi sınıfı bu “meydan okumaya” boyun eğmeyecektir. İşçilerin Balıkesir, İzmir ve Eskişehir'de meydanlara inmesi, NETAŞ'ta, DERBY'de kararlılıkla süren grevler, alınan onlarca yeni grev kararları işçi sınıfının boyun eğmeyeceğini gözler önüne seren anlamlı işaretlerdir.

Gerek Türkiye ve T.Kürdistanı'nda ve gerekse uluslararası demokratik kamuoyunda “DİSK'e özgürlük” diyenlerin sayısı gittikçe çoğalıyor. DİSK'le dayanışma ülke içinde ve dışında yükseliyor.

Bugün, DİSK'le dayanışmayı yükseltmek önemli bir görev olarak, Türk ve Kürt yurtsever, ilerici güçlerinin önünde duruyor. Türkiye demokrasi güçleri, DİSK'e indirilen darbelerin kendilerine de vurulduğunu yaşayarak gördüler.

Şimdi DİSK'in uluslararası dayanışmaya her zaman olduğundan daha çok ihtiyacı var. Uluslararası dayanışmayı yükseltmek için elden gelen yapılmalıdır.

DİSK'in 20 yıllık şanlı mücadele geleneğinin derin kökleri vardır. DİSK'i unutturmaya, onu işçi sınıfından koparmaya kimsenin gücü yetmeyecektir.

“DİSK'e özgürlük” sesine sesimizi katalım.

Bütün yurtseverleri, demokratları ve ilericileri “DİSK'in 20. Kuruluş Yıldönümü” toplantısına katılmaya, güç ve omuz vermeye çağırıyoruz.

**DİSK'in 20. Kuruluş Yıldönümü**  
**Kutlama Komitesi**

Tarih: 28 Şubat 1987

Adres: Hans-Sacks-Haus toplantı salonu, Vattmannstr, 4650 Gelsenkirchen  
(Not: Salon kent merkezine çok yakındır)

Saat: 18.00

Türkiye işçi sınıfının ileri sendikal örgütü DİSK'in 20. kuruluş yıldönümü, F. Almanya'da yaşayan DİSK yöneticilerinin düzenlediği ve Avrupa'nın diğer ülkelerinde sürgündeki DİSK yöneticilerinin desteklediği bir toplantıyla kutlanacaktır.

28 Şubat 1987 günü, Hans-Sachs-Haus Vattmanstr. /4650 Gelsenkirchen F. Almanya adresinde yapılacak toplantı saat: 18.00'de başlayacaktır.

DİSK'in askeri mahkeme kararıyla kapatıldığının ilan edildiği bir sırada yapılmakta olan bu kuruluş yıldönümü toplantısının DİSK'in verdiği mücadele ile dayanışmanın bir ifadesi olacağı düşüncesiyle toplantımıza katılmanızı dileriz.

Saygılarımızla,

Yaşar Arıkan

Tertip Komitesi adına

Toplantının düzenleyicileri:

- Gültekin Gazioglu / TÖB-DER Genel Başkanı
- Yaşar Arıkan / DİSK GYK Üyesi, DİSK-Hürcam İş MYK Üyesi
- Turhan Ata / DİSK GYK Üyesi, DİSK-Bank Sen MYK Üyesi
- Murat Tokmak / DİSK GYK Üyesi, DİSK-Maden İş MYK Üyesi
- Bahtiyar Erkul / DİSK-Maden İş Genel Başkan Vk.
- Zeki Kılıç / DİSK-Sosyal İş Genel Başkan yard.
- Ayhan Kutlay / TÖB-DER Genel Başkan Yard.
- Tekin Üstün / TÖB-DER MYK Üyesi
- Aydın Yeşilyurt / DİSK 7. Bölge Temsilcisi

Toplantıyı destekleyenler:

- Kemal Daysal / DİSK Yürütme Kurulu Üyesi  
Mehmet Karaca / DİSK-Maden İş Genel Başkanı, DİSK GYK Üyesi  
Metin Denizmen / DİSK-Bank Sen Genel Başkanı  
Halit Erdem / DİSK-Maden İş Genel Sekreteri, DİSK GYK Üyesi  
Ekrem Aydın / DİSK-Maden İş MYK Üyesi, DİSK GYK Üyesi  
Sait Aydoğmuş / DİSK-Gıda İş Genel Sekreteri  
Yücel Çubukçu / DİSK-Bank Sen Genel Sekreteri  
İlhan Geçit / DİSK-Bank Sen MYK Üyesi  
Recep Orduseven / DİSK-Bank Sen MYK Üyesi  
Mehmet Yıldırım / DİSK-Tek Ges İş MYK Üyesi  
Eşref Okumuş / DİSK-Petkim İş MYK üyesi  
Ömer Arslan / TÖB-DER MYK Üyesi  
Akat Sağınır / DİSK-Bank Sen MYK üyesi  
Hamdul Güzel / DİSK-Gıda İş MYK Üyesi  
Salih Taner Serin / DİSK Bölge Temsilcisi

Yazışma adresi: Yaşar Arıkan, Pulverweg 46, 41 Duisburg J, F. Almanya.  
Tel: (0)203/24766 ve (0)203/342833

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI